

gab? Großbritannien brauchte immerhin die »Verletzung« der belgischen Neutralität, um die öffentliche Meinung für den Krieg zu gewinnen. Und wie war es in Wien, wo doch die Kriegsbegeisterung am größten hätte sein müssen, schließlich war es das Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger, das den Krieg ins Rollen brachte.

Und schließlich stellt sich dann noch die Frage, wie die von Eksteins bearbeiteten Themenkreise Kriegserlebnis und Entwicklung der Moderne zusammengehören. Daß sie zusammengehören, steht nach der Lektüre seiner Studie außer Frage.

Helmut Trotnow, Berlin

Walther L. Bernecker, Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert.
Vom Ancien Régime zur Parlamentarischen Monarchie, Suhrkamp Verlag,
Frankfurt/Main 1990, 377 S., brosch., 18 DM.

Die moderne spanische Geschichte ist an den deutschsprachigen Universitäten noch immer eine relativ exotische Angelegenheit. Unter den wenigen Fachleuten auf diesem Gebiet ist vor allem Walther L. Bernecker zu nennen, der durch eine Reihe von Veröffentlichungen zum Bürgerkrieg 1936/39 und zur Franco-Diktatur hervorgetreten ist. In diesem Band für die von Hans-Ulrich Wehler herausgegebene »Neue Historische Bibliothek«, über deren Renommee man kein Wort mehr verlieren muß, legt er nun eine sozialgeschichtliche Darstellung der letzten beiden Jahrhunderte Spaniens vor. Bernecker hat in seinen bisherigen Arbeiten vor allem die Jahrzehnte beschrieben, in denen auf der Grundlage eines rapiden sozialen Wandels der verspätete Anschluß an die Entwicklung Zentraleuropas erfolgte. Nun geht er auf die Wurzeln dieser Verspätung im ausgehenden Ancien Régime zurück und zeichnet den in Spanien besonders konfliktreichen, weil immer wieder von Bürgerkriegen geprägten Weg des Landes zur »Moderne« nach.

Berneckers Darstellung ist von modernisierungstheoretischen Ansätzen geprägt, z. T. auch von marxistischen Modellen, die in wichtigen Teilen der modernen spanischen Historiographie – oft in Verbindung mit Einflüssen der Annales-Schule – eine Rolle spielen. Sie verbindet Struktur- und Politikgeschichte und rückt die großen Entwicklungslinien und Zusammenhänge von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat in den Vordergrund. Das »Erzählen« von Ereignissen spielt also nur eine untergeordnete Rolle. Bernecker gliedert seine Darstellung zwar nach den entscheidenden zeitlichen Einschnitten, wie sie durch verschiedene Revolutionen und Regimewechsel gegeben waren, läßt dabei aber auch immer die Kontinuitäten deutlich werden.

Überraschend, gemessen an den bisherigen Arbeiten des Autors, steht ganz das 19. Jahrhundert mit mehr als zwei Dritteln des Textes im Vordergrund und dabei sogar noch die erste Hälfte dieses Jahrhunderts, deren Darstellung immerhin etwa die Hälfte des Gesamtumfangs ausmacht. Vielleicht weil sich hier die Strukturdefizite, die auch noch das 20. Jahrhundert prägten, entscheidend herausbildeten, vielleicht auch, weil über diese Phase der spanischen Geschichte von deutschen Historikern eigentlich seit Baumgartens *Geschichte Spaniens vom Ausbruch der Französischen Revolution bis auf unsere Tage* (Leipzig 1865–1871) keine Gesamtdarstellung mehr vorgelegt worden ist.

Durch diese Schwerpunktsetzung kann er detailliert die gesellschaftliche Lage des Landes bei Beginn des 19. Jahrhunderts umreißen. Das Schlüsselproblem lag in der Agrarsituation mit der extrem ungleichen Landverteilung (den südspanischen Latifundien). So konnte sich nur ungenügende Nachfrage nach den Produkten der entstehenden katalanischen Textilindustrie herausbilden. Der Staat war arm und damit chronisch verschuldet – das Steuersystem beruhte noch bis weit ins 20. Jahrhundert auf indirekten Steuern – und konnte dadurch die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für die Schaffung eines natio-

nen Marktes nur ungenügend finanzieren. Durch die napoleonische Invasion brach zwar das politische System des Ancien Régime zusammen, das Land nahm 1812 eine der ersten liberalen Verfassungen Europas an. Doch die gesellschaftliche Basis des spanischen Liberalismus war äußerst schwach. Zwar konnten sich die Kräfte, die in der Restauration nach 1814 das absolutistische System wiederherstellen wollten, genauso wenig dauerhaft durchsetzen. Doch Spanien war nun für Jahrzehnte von einem dauernden Machtkampf zwischen liberalen und konservativen Regierungen geprägt, die sich auf unterschiedliche Gruppierungen in der Armee stützten und sich durch »Pronunciamentos« an die Macht putschten. Den Höhepunkt dieses »revolutionären Zyklus« bildete das demokratische Sexennium von 1868 bis 1874, das mit der Etablierung einer Republik zumindest vorübergehend den Durchbruch der fortschrittlichen Kräfte darzustellen schien.

Doch so schnell diese auch scheiterte, Spaniens gesellschaftliche Strukturen waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchaus nicht von den Folgen der bürgerlichen Umwälzung im übrigen Europa unberührt geblieben. Doch noch stärker als im »preußischen Weg von oben« handelte es sich um eine bloße Transformation der »feudalen« Eliten, denen sich das schwache Bürgertum anschloß.¹ Die Ablösung der Feudalrechte auf dem Land war nicht mit einer Neuaufteilung des Bodens verbunden. Die ungleiche Landverteilung wurde im Gegenteil in den von Bernecker ausführlich dargestellten sogenannten *desamortizaciones* durch die Einziehung des Kirchen- und des Gemeindebesitzes und dessen anschließenden Verkauf durch den Staat verschärft. Nun wurde auch noch das städtische Bürgertum zum Landbesitzer. Zwar entstand auf diese Weise eine kapitalistische Landwirtschaft. Ihre Strukturängel schufen aber nicht nur ständige Konflikte, sie war auch nicht in der Lage, Rahmenbedingungen für eine industrielle Entwicklung des gesamten Landes zu liefern. Die Industrialisierung erreichte nur die Peripherie (katalanische Textilindustrie, später Schwerindustrie und Bergbau im Norden), zugleich entindustrialisierte sich aber um die Mitte des 19. Jahrhunderts der Süden (Andalusien). Hier lag die bevölkerungsreichste Region, die nun ein ganzes Jahrhundert lang das soziale Krisengebiet Spaniens wurde. Auch der Einfluß des ausländischen Kapitals verstärkte die Tendenzen zu einer nur peripheren Industrialisierung.

Die Niederlage der demokratischen Revolution führte zum System der Restauration, das nun zwar für Jahrzehnte durch ein manipuliertes politisches System, auf das sich Liberale und Konservative einigten, stabile Regierungsverhältnisse sicherte. Doch die strukturellen Probleme des Landes waren dadurch nur vertagt. Sie brachen offen auf, als 1898 Spanien im Krieg gegen die USA die letzten Reste seines Kolonialimperiums verlor. In Katalonien, der »Fabrik Spaniens«, bildete sich eine vom Bürgertum getragene nationalistische Bewegung, die den spanischen Einheitsstaat in Frage stellte. Es gelang den Anarchisten, die bereits seit den Zeiten der I. Internationale in Spanien die dominierende Position in der schwachen Arbeiterbewegung einnahmen, eine anarcho-syndikalistische Massenbewegung aufzubauen. Die Widersprüche des Restaurationssystems kulminierten im Ersten Weltkrieg und führten schließlich 1923 zur Errichtung der Diktatur des Generals Primo de Rivera.

Es gelang dem General jedoch nicht, seine Herrschaft zu institutionalisieren. Von einem anfänglich großen gesellschaftlichen Konsens getragen, wurde Spanien im Jahre 1931 Republik. Zwar konnte ein modernes liberales politisches System geschaffen werden. Doch das Zurückbleiben der sozialen Strukturen in weiten Bereichen der Gesellschaft und die

1 Man kann also, vor allem mit Blick auf die in der deutschen Geschichtswissenschaft lange Jahre geführte Debatte, noch mit viel größerer Berechtigung von einem »spanischen Sonderweg« sprechen. Im gewissen Sinne zeigt diese Entwicklung in der westlichen Peripherie Europas viel stärkere Parallelen zu der östlichen Peripherie als zum Zentrum des Kontinents auf, eine vielleicht etwas überzogene Parallele, die aber schon manche zeitgenössischen Kommentatoren gezogen haben.

dadurch verursachte Krise führten 1936 zum Bürgerkrieg, der vor allem dank der Hilfe Deutschlands und Italiens zum Sieg einer konterrevolutionären Koalition von Faschisten, autoritären Katholiken und vor allem Militärs unter Franco führte. Ursprünglich stark von faschistischen Strukturen bestimmt, gelang es der Franco-Diktatur, sich im kalten Krieg dem Westen, vor allem den USA, als unverzichtbaren Bündnispartner zu empfehlen. Es kam zu einer autoritären Modernisierung von oben, die allerdings zu einem wesentlichen Teil ein Nebenprodukt des westeuropäischen Booms war, der erst den Export der Arbeitslosen und den Massentourismus möglich machte. Obwohl es zu einem ständigen Konflikt zwischen breiten gesellschaftlichen Kräften und dem anachronistischen politischen System kam, wurden dadurch die Voraussetzungen geschaffen, um die autoritären Strukturen fast ohne größere Konflikte in eine parlamentarische Monarchie zu transformieren. Im Schlußabschnitt skizziert Bernecker vor allem anhand des politischen Wandels das erste Jahrzehnt des neuen, demokratischen Spanien.

Zweifellos hat Bernecker damit eine konzise, bei aller notgedrungenen Knappheit, die der Umfang eines Taschenbuchs verlangt, aber ausreichend präzise Studie vorgelegt, die sich zweifellos auf das Wichtige, auf die großen Entwicklungslinien konzentriert. Sicherlich sprechen auch gute Gründe für die Schwerpunktsetzung auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts. Doch vielleicht ergibt sich bei weiteren Auflagen ja noch die Möglichkeit, die Darstellung des späteren Zeitraums etwas auszubauen. Dem Band ist nicht nur eine ausführliche Bibliographie beigegeben (das fehlende Register ist sicher eine Spar-Entscheidung des Verlages, die bei weiteren Auflagen korrigiert werden sollte). Bernecker führt auch weitere Literatur in den Anmerkungen an und referiert erfreulicherweise sehr ausführlich die Kontroversen in der Historiographie oder zeichnet die Entwicklung bestimmter Einschätzungen nach. Etwas akzentuierter hätte man sich den ganzen Komplex, der sich um die nationale Frage entwickelt hat, gewünscht. Es handelt sich ja nicht nur um die »peripheren Nationalismen« (Katalonien, Baskenland), wie sie sich als Krisenerscheinung gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelt haben. Die Frage nach den Ursachen für das sich darin ausdrückende Scheitern des »nation-building« steht ja auch schon für die Zeit der Auflösung des Ancien Régime an. Inwieweit es überhaupt eine »Nationalgeschichte« Spaniens gibt, wie das Verhältnis zwischen den verschiedenen Geschichten der Nationalitäten in diesem multinationalen Land ist, wird ja immer wieder heftig in der spanischen Geschichtswissenschaft diskutiert.²

Auch auf einige kleinere Ungenauigkeiten oder Irrtümer sei hingewiesen. So wird die Provinz Castellón vom Land Valencia nach Katalonien verlegt (S. 61). Daß die Arbeiterbewegung nicht im Industrie-, sondern im Landarbeiterbereich eingesetzt habe (S. 197), steht im Widerspruch zu den Hinweisen auf S. 106 und S. 143 (womit die Bedeutung der anarchistischen Landarbeiterbewegung im Süden Spaniens keineswegs relativiert werden soll). Die republikanische Partei von Lerroux (mit dem vollständigen Namen Republikanische Radikale Partei – nach dem französischen Vorbild), die in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts die Stimmen der Arbeiter von Barcelona gewann, war deswegen noch keineswegs eine »richtige Arbeiterpartei« (S. 207), sondern blieb weiterhin mittelständisch geprägt, worauf auch die neuere Literatur hinweist (z. B. Joan B. Culla i Clará. *El republicanisme lerrouxista a Catalunya 1901–1923*, Barcelona 1986). Der General Martínez Anido war in der revolutionären Krise nach dem Ersten Weltkrieg nicht Gouverneur Kataloniens (ein Amt, das es nicht gab), sondern zuerst Militär-, dann Zivilgouverneur der Provinz Barcelona (S. 204). Die CNT trat 1919 nicht der Roten Gewerkschafts-Internationale, sondern –

2 Als neueres Beispiel vgl. den Artikel des katalanischen Historikers *Borja de Riquer*, *Sobre el lugar de los nacionalismos-regionalismos en la historia contemporánea española*, in: *Historia social*, Nr. 7, 1990, S. 105–126, und die von einer eher zentralistischen Einstellung geprägte Antwort von *Juan Pablo Fusi Aizpúrua*, *Revisionismo crítico e historia nacionalista*, ebd., S. 127–134.

vorübergehend – der III. Internationale bei; die RGI bildete sich erst 1921, woran die CNT auch beteiligt war; sie unterstützte aber dann 1922 die Gründung der anarcho-syndikalistischen Internationalen Arbeiterassoziation, wenn auch ihre Delegierten für den Gründungskongreß verhaftet wurden (S. 240/249). Nicht weiter erläutert ist, was in der Wahlübersicht auf S. 275 die »Linksozialisten« sind – wohl der linke Flügel der PSOE; auf S. 283 sind dann die oppositionellen Kommunisten der POUM »Linksozialisten«. Bei der Darstellung des Bürgerkriegs fehlt der Verweis auf die stalinistische Repression gegen die nichtkommunistische Linke. Jedenfalls hat man so den Eindruck, die als Teil der sowjetischen Unterstützung aufgezählten »Offiziere der Geheimpolizei« (S. 289) hätten noch an der Front gekämpft. Die von den Kommunisten nach 1942 ausgerufene »Nationale Union« der Spanier war ein weitgehend fiktives »Bündnis« (vgl. dazu die leider in der Bibliographie fehlende grundlegende Darstellung von Gregorio Morán, *Miseria y grandeza del Partido Comunista de España 1939–1985*, Barcelona 1986); viel wichtiger – weil eine reale Widerstandskoalition – war dagegen die Mitte der 1940er Jahre von Sozialisten und Republikanern getragene Alianza Nacional de Fuerzas Democráticas (S. 310). Merkwürdigerweise sind einige Namen nicht richtig wiedergegeben; es fehlt der im Spanischen entscheidende erste Nachname: also richtig *Calvo Sotelo* (S. 254), *Casares Quiroga* und *Martínez Barrio* (S. 282), auch *Alcalá-Zamora* (S. 274).

Doch all dies sind Kleinigkeiten. Zweifellos ist Berneckers Darstellung, Ergebnis jahrelanger Arbeit, sehr verdienstvoll, und man kann nur hoffen, daß sie Impulse zu einer stärkeren Beschäftigung mit der spanischen Geschichte liefert.

Reiner Tosstorff, Frankfurt/Main

Axel Harneit-Sievers, *Zwischen Depression und Dekolonisation: Afrikanische Händler und Politik in Süd-Nigeria 1935–1954* (= Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen, Bd. 157), Saarbrücken etc. 1991, 432 S., kart., 55 DM.

In der »[...] Desillusionierung über das »verstaatlichte« Entwicklungsmodell [...], das Entwicklungsbürokratien, (halb)staatliche Betriebe, »Staatsklassen« und selbst »(afrikanischen) Sozialismus« [...] hervorgebracht hat, ohne »Entwicklung« herbeizuführen« (S. 9), liegt für Axel Harneit-Sievers eine gewichtige Ursache für neue Trends auch in der historischen Forschung, die die Sichtweise eines auf der europäischen Durchdringung beruhenden und in der Folge nur in Abhängigkeit von Auslandskapital entwicklungsfähigen afrikanischen Kapitalismus relativiert. Die eindimensionale Interpretation des nahtlosen Übergangs vom Kolonialismus zum Neokolonialismus soll durch den Hinweis auf Existenz, Handlungsspielräume und Akkumulationschancen afrikanischer Unternehmer während der kolonialen Phase in Frage gestellt und der Blick stärker auf die innere Struktur des afrikanischen kommerziellen Sektors gerichtet werden. In seiner Studie über Südnigeria (mit deutlichem Schwerpunkt auf Südwestnigeria), in deren Mittelpunkt die Frage nach der Verschränkung von Politik und afrikanischen Unternehmerinteressen steht, folgt der Autor diesem Trend und versteht sie als Vorgeschichte der nigerianischen Variante des afrikanischen Kapitalismus.

Die Untersuchung basiert auf zahlreichem Quellenmaterial aus Archiven und Nachlässen in Nigeria, England und den USA (die seit 1928 konsularisch in Nigeria vertreten waren) sowie einigen Interviews mit lediglich ergänzendem Stellenwert. Bemerkenswert ist das Eingeständnis, die Arbeit sei »mitgeprägt durch die [eigene!] Erfahrung ökonomischer Bedingungen, Geschäftspraktiken und Verhaltensweisen, die im Nigeria der 80er Jahre aufzufinden sind.« (S. 16) Ob der Autor hier versucht, dem Würgegriff des an europäischen